

Explosion des Selbstwertgefühls

Indien bombt sich in den Club der Atommächte

von Bernd Basting

Am 11. und 13. Mai 1998 hat Indien in Pokhran im nordwestlichen Bundesstaat Rajasthan insgesamt fünf unterirdische Atombombentests unternommen - erstmals wieder nach 24 Jahren. Die bei den Atomtests gezündeten Bomben besaßen nach Aussage der für die Tests verantwortlichen Wissenschaftler, Dr. R. Chidambaram (Präsident der zivilen Atomenergiekommission) und Dr. Abdul Kalam (Direktor der 'Defence Research and Development Organisation' - DRDO), eine Gesamtsprengkraft von geschätzten 56 Kilo-Tonnen (KT) und stellten einen Mix aus thermonuklearen und Kernspaltungssprengsätzen dar. 43 KT - die doppelte Sprengkraft der Hiroshima-Bombe - entfielen auf die Fusionsbombe, zwölf KT auf eine Fissionsbombe und jeweils 0.5, 0.3 und 0.2 KT auf drei sog. "subkritische" Sprengsätze.

Die in der dünnen Erde der rajasthanischen Wüste Thar ausgelösten Explosionen dokumentieren plastisch Indiens Verfügungsgewalt über die Wasserstoffbombe wie seinen Eintritt in den Club der großen Atommächte und damit seinen Wandel von einer potentiellen zur erklärten Atommacht. Was hat Delhi zu dem Schritt, der heftige außenpolitische Reaktionen entfachte, bewogen? Fragt man nach den Ursachen dieser machtvollen Demonstration militärischer Potenz, stößt man auf ein vieldimensionales Bündel von indischen Antriebsfaktoren innen-, regional- und weltpolitischer Art.

Der frühere Atomversuch Indiens, 1974 an gleicher Stelle in rund 100 Kilometer Distanz zur pakistanischen Grenze, waren offiziell noch als "friedlichen Zwecken" dienend deklariert worden. Doch schon damals diente dieser der damaligen Premierministerin Indira Gandhi eher zur Stabilisierung ihrer eigenen fragil gewordenen Machtrolle. Die seit wenigen Wochen das bald Eine-Milliarde-Volk führende neue Regierungskoalition wird von der hindu-nationalistischen 'Bharatiya Janata Partei' (BJP) dominiert, der auch der Regierungschef Atal Bihari Vajpayee angehört. Bereits im Wahlkampf hatte die BJP angekündigt, Indien würde sich die nukleare Option offenhalten. In solcher Haltung sah sie sich in der Kontinuität aller indischen Vorgängerregierungen nach Nehru (1947-64) und Shastri (1964-66). Indien hatte sich ebenso geweigert, den Atomwaffensperrvertrag ('Nuclear Non-Proliferation Treaty', NPT) von 1970 zu unterzeichnen, wie dem Atomteststoppabkommen von 1996 ('Comprehensive Test Ban Treaty', CTBT) beizutreten. Die BJP übernahm gern diese Verweigerungs-

haltung, weil sie für sie zur idealen Gelegenheit geriet, schnell und augenfällig eines ihrer Wahlversprechen einzulösen und ihre hindu-nationalistisch und radikal-patriotisch orientierte Wählerklientel zu bedienen und ihnen damit ein "Wir sind wieder wer"-Gefühl zu ermöglichen.

Alle bisherigen indischen Regierungen intendierten, für die jahrhundertlang von einer Kolonialmacht gebeutelte und fremdbestimmte indische Nation einen Weg der nationalen Selbstbestimmung zu bewahren, der — wie Premierminister Vajpayee in seinem sogenannten "Suo Motu Statement" jüngst am 27. Mai 1998 vor dem indischen Parlament noch einmal betonte — "die Freiheit des Denkens und Handelns" miteinschließt. Eine solche impliziert auch die Freiheit zur Beibehaltung der im Land vielbeschworenen "nuklearen Option", die für die politischen Eliten Indiens eine unverzichtbare Voraussetzung zur Durchsetzung nationaler Autonomie bedeutet. In diesem Sinne brachte es Delhis Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Prakash Shah, bereits in seiner Rede am 9. September 1996 auf den Punkt: "Unser sicherheitspolitisches Umfeld hat uns gezwungen, die atomare Option beizubehalten. Wir haben bezüglich unserer atomaren Option beispiellose Zurückhaltung geübt. Offen oder heimlich fuhren Länder um uns herum ihre Waffenprogramme fort. In einem solchen Umfeld können wir nicht zulassen, daß unsere Option in irgendeiner Weise eingeengt oder ausgehöhlt wird, solange die Atommächte ihre Verpflichtung zur Vernichtung aller atomaren Arsenalen nicht akzeptieren wollen."

Angesichts der schon seit 1948 in Indien intensiv betriebenen Kernenergie- und Verteidigungsforschung kann Sha's

Wort von der "beispiellosen Zurückhaltung" jedoch nur als Euphemismus betrachtet werden. Nach unabhängigen Schätzungen ist Indien während der vergangenen drei Dekaden in der Lage gewesen, Plutonium für den Bau von 70 bis 90 Kernwaffen zu separieren. Der indische Nuklearsektor umfaßt mit dem 'Department of Atomic Energy' und der 'Defence Research and Development Organisation' (DRDO) zwei große Forschungszentren, neun Kernkraftwerke, zwei Uran-Anreicherungsanlagen, drei Wiederaufbereitungsanlagen sowie verschiedene andere Einrichtungen, die insgesamt rund ein Drittel aller öffentlichen Gelder für Forschung und Entwicklung verschlingen. In der DRDO sind derzeit etwa 30.000 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker beschäftigt. Hier werden im Rahmen eines sogenannten "Integrated Guided Missile Development Programme" seit 1983 Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für Produktion und Ausrüstung von vier Raketentypen durchgeführt: zwei Antiflugzeug-Raketen mit Reichweiten von neun bis 24 Kilometer, eine ballistische Kurzstrecken-Boden-Boden-Rakete 'Prithvi' ("Erde") mit einer Reichweite von 250 Kilometer bei 500 Kilo Nutzlast und eine ballistische Mittelstrecken-Boden-Boden-Rakete 'Agni' ("Feuer") mit einer Reichweite bis zu 2000 Kilometer und einer Nutzlast von 1000 Kilo. Die beiden letztgenannten Raketen sind "Abfallprodukte" einer ursprünglich zivilen Trägertechnologieentwicklung der indischen Raumfahrtforschungsbehörde ISRO ('Indian Space Research Organisation'). Zwischen DRDO und ISRO bestehen — trotz institutionell strikter Trennung — enge informationelle wie personelle Verbindungen, zum Beispiel über den aktuellen DRDO-Leiter Dr.



Der indische Premierminister Vajpayee besucht den Ort der Atomexplosionen (Foto: Shanker Chakravarty)

Abdul Kalam, der vorher bei ISRO die erste Generation ziviler Trägerraketen entwickelt hat. Heute beherrscht Indien den gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf — vom Uranbergbau über die Herstellung von Brennelementen, den Betrieb von Kernkraftwerken (ein-

schließlich Brutreaktoren), die Wiederaufarbeitung und Gewinnung von Plutonium bis zur Behandlung nuklearer Abfälle. Das indische Atomprogramm basiert mutmaßlich im wesentlichen auf waffenfähigem Plutonium aus den beiden Forschungsreaktoren 'Cirus' und

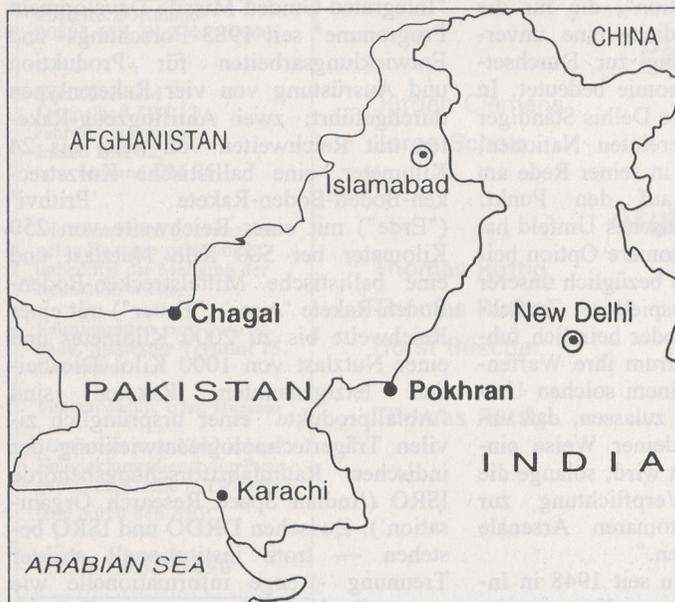
Plutonium-Material sei Indien sogar in der Lage, zwischen 390 und 470 Atomwaffen zu bauen.

Mißbrauch indischer Sicherheitspolitik

Die traditionelle Grundhaltung indischer Sicherheitspolitik, also die Offenhaltung der "nuklearen Option", wird nun von den Vertretern eines laut tönenden Hindu-Nationalismus, die informell in der 'Sangh Parivar', der "RSS-Familie" (RSS = Rashtriya Swayamsevak Sangh, Nationale Freiwilligen-Vereinigung), zusammengeschlossen sind und deren politischer Arm die dominierende Regierungspartei BJP darstellt, mißbraucht und auf ihre Mühlen geleitet. So wird die Bombe von ihnen mit religiösen Symbolen rituell ornamentiert, indem sie sie vergleichen mit den Waffen der Götter Ram und Krishna, ankündigen, Pokhran-Staub in einem quasi-religiösen Ritual über ganz Indien ausstreuen oder einen Tempel auf dem Testgelände bauen zu wollen. Das macht deutlich, daß es der 'Sangh Parivar' weniger um die Propagierung des Hinduismus als religiös-philosophisches System geht, als um seine Instrumentalisierung als ethnisch-rassistisches Differenzierungsmerk-

'Dhruva' in Trombay.

Die renommierte britische Militärfachzeitschrift 'Janes Intelligence Review' schätzt in ihrer neuen Juli-Ausgabe das aktuelle indische Atompotential als größer ein, als das Großbritanniens und gar auf annähernd gleichem Niveau rangierend wie das Chinas und Frankreichs; das ad hoc einsetzbare Potential umfasse 20 bis 60 Atomwaffen. Gemessen am verfügbaren



Die Orte der Atomversuche in Indien (Pokhran) und Pakistan (Chagai)

mal gegenüber den nicht-hinduistischen Minderheiten, seien sie nun Muslime, Christen oder Ausländer. Da soll eine neue starke indische Nation mit einer profilierten Hindu-Identität wiedererschaffen werden, die nach Ansicht der RSS durch muslimische und koloniale Invasoren verloren gegangen ist. Die Nukleartests dienen ihr als willkommenes identitätsstiftendes Symbol, mit dem man sich gegenüber dem "Anderen", sprich: dem muslimischen Pakistan, der als hegemonistisch empfundenen Bedrohung China, den als "unpatriotisch" beschimpften Anhängern der indischen Anti-Atom-Bewegung und nicht zuletzt den 130 Millionen Muslimen im eigenen Land abgrenzen und zudem mit stolz auf die eigene technische Leistung und militärische Potenz verweisen kann. RSS-Generalsekretär Seshadri verbalisiert es unverblümt: "Von der Welt erfuhren wir nur Ungerechtigkeit, Demütigung und Angriffe. Das werden wir nicht mehr tolerieren. Die Welt versteht nur diese Sprache. Wir redeten immer von Zusammenarbeit und Liebe. Doch wir haben unsere Lektion gelernt. Von nun an kümmern wir uns nicht mehr um die Reaktionen der Welt. Die Bombe ist Ausdruck unserer nationalen Selbstachtung und der Identität der Hindus. Der indische Nationalismus hat nun seinen Ausdruck gefunden."

Außenpolitische Motivationen

Den Nukleartests liegen auch regional-
außenpolitische Motivationen Delhis zugrunde. Diese beabsichtigen sowohl Indiens Hegemonialrolle in Südasiens im allgemeinen zu zementieren, als auch gegenüber Pakistan und der VR China im besonderen ein Abschreckungs-Signal der Stärke zu adressieren. Die Teilung Britisch-Indiens generierte einen bis heute virulenten strategischen Antagonismus zwischen dem muslimischen Pakistan und dem mehrheitlich von Hindus bevölkerten Indien. Mit dem westlichen Nachbarstaat hat man bislang drei Kriege ausgefochten, zwei davon um die Region Kaschmir, welches Islamabad sich einverleiben möchte, Delhi aber als integralen Bestandteil der Indischen Union betrachtet. Die Zündung der pakistanischen - "islamischen" - Mittelstreckenrakete 'Ghuri' im April diesen Jahres, die nach der Stationierung indischer 'Prithvi'-Kurzstreckenraketen unweit der pakistanischen Grenze erfolgt war, hatte man als Provokation empfunden, dem von indischer, "Hindu-Seite" ein deutliches Zeichen entgegengesetzt werden sollte. Indiens Aspirationen, eine Vormachtstellung im südasiatischen Raum zu erlangen, werden durch eine potentielle Nuklearmacht Pakistan Grenzen gesetzt. Die Sprengsätze sollten dem klei-

neren Nachbarn laut verdeutlichen, wer "der Chef" in Südasiens ist.

Gegenüber der VR China wirkt das Trauma des für Indien demütigenden Grenzkrieges von 1962 noch immer nach, und der just inthronisierte Verteidigungsminister George Fernandez scheute sich vor wenigen Wochen nicht, China als die "für Indien bedrohlichste Macht" zu etikettieren - ein Rang, der bis dato Pakistan zugefallen war.

Sensibel wurde in Delhi die in den letzten Jahren verstärkte Marinerüstung Pekings registriert, nach deren Vollzug die Volksrepublik künftig im Indischen Ozean als ernsthafter Konkurrent um eine dominante regionalpolitische Machtrolle auftreten könnte. Zudem sieht sich Indien durch die auffallend enger werdende militärische Kooperation zwischen Myanmar und China auch im Golf von Bengalen zunehmend bedroht. Der rasche Ausbau der Hafenanlagen in Myanmar und auf den Kokos-Inseln nördlich der indischen Andamanen, wie auch die Lozierung indischer Radarstationen in diesem Gebiet dokumentieren für Delhi unzweifelhaft profilierte strategische Interessen Chinas. Eine erhebliche sicherheitspolitische Bedrohung für Indien stellen darüberhinaus vor allem die landgestützten chinesischen Interkontinentalraketen wie auch seit kurzem die chinesischen U-Boot-Raketen dar. Nicht zuletzt bereitet der indischen Führung die massive verteidigungspolitische und militärtechnologische Unterstützung Pakistans durch China ernste Sorge. Diese erfolgt sowohl im maritimen, im konventionellen wie im nuklearen Bereich. So belieferte Peking den Muslimstaat mit M-11-Raketen und Maschinen und Maschinenteilen, die für Anlagen zur Urananreicherung benötigt werden ebenso, wie mit spaltbarem Material für die pakistanischen Kernreaktoren, die - wie die aktuellen pakistanischen Atomtests beweisen - in der Lage sind, Plutonium für Atomwaffen zu produzieren. Die Mittelstreckenrakete 'Ghuri' wurde Islamabad von dem kommunistischen "Bruderstaat" Chinas, Nordkorea, geliefert. Die intensive politische und militärische Zusammenarbeit Chinas - Indiens jahrtausendealtem Konkurrenten um die kulturelle wie politische Vormacht in Asien - bewertet Delhi als Teil einer aktiv verfolgten Einkreisungsstrategie der Volksrepublik. Premierminister Vajpayee hat in der jüngsten Parlamentsdebatte über die indischen Atomversuche am 29. Mai den indischen Befürchtungen gegenüber dieser Politik Pekings Ausdruck gegeben: "Unsere Sorge über Chinas verteidigungspolitische Kooperation mit Pakistan dauert an ... Wenn Pakistan externe Unterstützung im Verteidigungsbereich erhält, so tangiert das Indiens Sicherheit in einer di-

rekten und feindlichen Art und Weise. Die chinesische Seite sollte den Empfindungen auf indischer Seite Aufmerksamkeit schenken."

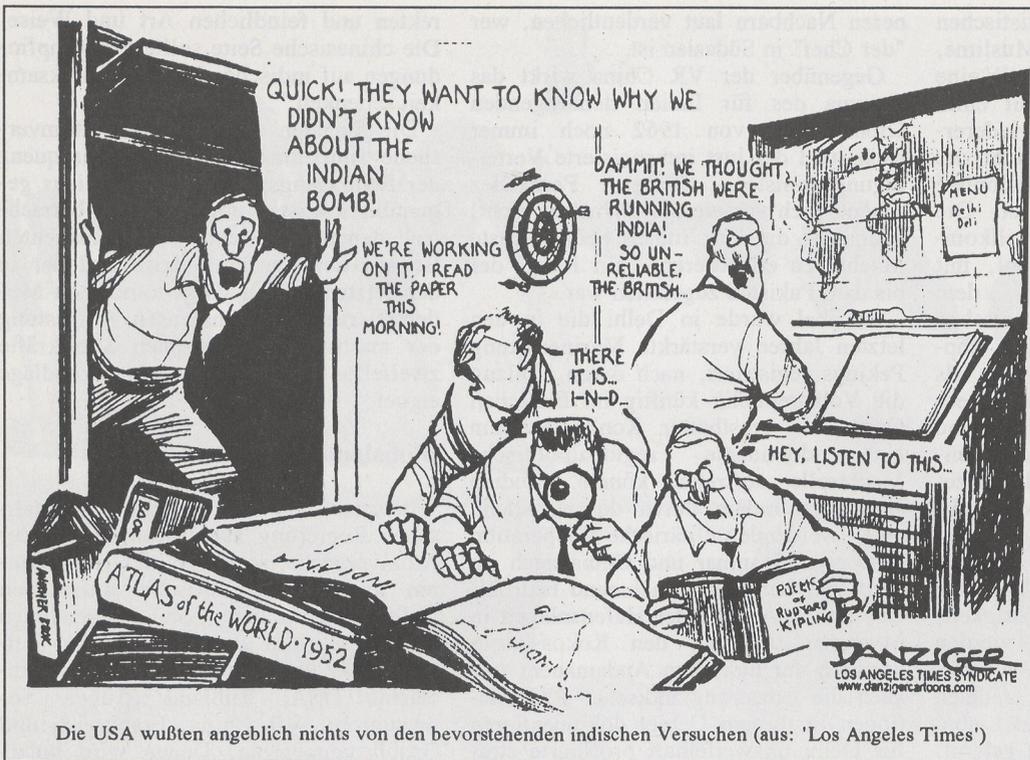
Die jüngsten unterirdischen Atomversuche sind somit auch als Konsequenz der Bedrohungsperzeptionen Indiens gegenüber Pakistan und China zu betrachten, denen angesichts der permanenten Brisanz der Kaschmir-Krise und der in den letzten Jahren vorgenommenen Modernisierung und immensen Aufrüstung der maritimen chinesischen Streitkräfte zweifellos auch eine reale Grundlage eignet.

Globalpolitische Intentionen

Bewertet man den Entschluß der indischen Regierung zur Durchführung der Atomversuche, so lassen sich des weiteren auch globalpolitische Intentionen Delhis ausmachen: Seit Jahrzehnten klagt Delhi die atomare Oligopol-Stellung der fünf "traditionellen" Atom-mächte USA, Rußland (früher: Sowjetunion), VR China, Frankreich und Großbritannien an. Denen wird unterstellt, ihre beherrschende Rolle in der internationalen Politik durch alleinigen Besitz von Nuklearwaffen konservieren und andere Staaten, insbesondere der Südhalbkugel, machtpolitisch damit klein halten zu wollen. Deshalb sei es kein Zufall, daß die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, des höchsten Entscheidungsgremiums der Vereinten Nationen, sich exklusiv aus diesen Atom-mächten rekrutieren. Der Selbstwahrnehmung Indiens, eines der flächenmäßig größten Staaten und das bald bevölkerungsreichste Land der Erde zu sein, entspringt deshalb der Anspruch, ebenfalls einen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten. Diesem Anspruch wollte Indien nun mit den Sprengsätzen von Pokhran erneute und nachhaltige internationale Aufmerksamkeit verschaffen. Dabei verweist man selbstlegitimierend auf die bislang fruchtlosen Versuche, die internationale Staatenwelt zur vollständigen Abrüstung aller Nuklearwaffen zu bewegen

Waffentechnologische Faktoren

Bei den Atomtests haben schließlich und offenkundig auch waffentechnologische bedingte Faktoren eine Rolle gespielt. Denn die indische Regierung wurde in den letzten Wochen nicht müde zu betonen, daß jetzt die indische Atomtestreihe endgültig abgeschlossen sei und man genug Daten gesammelt habe, um sich künftig bei der Fortsetzung des indischen Nuklearforschungsprogramms (welches vornehmlich im Nuklearforschungszentrum in Bhabha, nahe Bombay realisiert wird) auf Computersimulationen, Laborversuche und



Die USA wußten angeblich nichts von den bevorstehenden indischen Versuchen (aus: 'Los Angeles Times')

Experimente im "subkritischen Bereich" beschränken zu können. Jetzt sei man auch bereit, Teilen des internationalen Atomteststoppabkommens von 1996 zuzustimmen.

Ähnliches konnte die internationale Öffentlichkeit auch 1995 und 1996 aus dem Munde der politischen Regenten Chinas und Frankreichs, nach deren Atomtests, vernehmen.

Treffen die indischen Angaben über die Sprengkraft-Quantitäten zu, dann verfügt Indien nun über ein ernsthaftes atomares Abschreckungspotential. Von strategisch wie technisch ebenfalls großer Bedeutung sind auch die zum Einsatz gebrachten "subkritischen" Sprengsätze. Sie dokumentieren augenfällig Indiens Beherrschung der überaus anspruchsvollen Technologie der Kontrolle von nuklearen Kernspaltungsreaktionen mit kleinen Sprengsätzen. Der Direktor des 'Instituts für Strategische Studien' in Delhi, Jasjit Singh, prophezeit im Hinblick auf diese "Minibomben" einschneidende Folgen für die militärische Strategie und Taktik: "Wenn solche "Battlefield Bombs" kontrolliert eingesetzt werden können, ohne einen atomaren Holocaust auszulösen, sinkt auch die Reizschwelle, um sie tatsächlich einzusetzen."

Die Reaktionen im In- und Ausland

Wie reagierte die indische Nation und das Ausland auf die Atomversuche? In Indien selbst fielen die Reaktionen zunächst mit großer Mehrheit ausgesprochen positiv aus. Unter sämtlichen rele-

vanten indischen Parteien besteht ein Konsens über die Notwendigkeit einer atomaren Bewaffnung Indiens. Und so klatschten sowohl die Parteien der Vorgänger-Regierung der 'Vereinigten Front' wie auch die 'Congress'-Partei unter Sonia Gandhi frenetischen Beifall.

Inzwischen haben sich unter diese parteiübergreifenden populistischen Zustimmungsbekundungen jedoch auch kritische Stimmen der parlamentarischen Opposition gemischt: In einer dreitägigen, in einer sehr offenen und sich durch hohe Diskussionskultur auszeichnenden Parlamentsdebatte Ende Mai hinterfragten Vertreter der Nicht-Regierungsfraktionen mutig die Sinnhaftigkeit der Tests: "Wie kam es so plötzlich und unvermittelt zu einer Krise in der regionalen Sicherheit? Warum wurden nach den Tests zwei so wichtige Länder wie die USA und China so unnötig brüskiert? Ist die Verherrlichung und religiöse Ritualisierung von Massenvernichtungswaffen nicht unmoralisch, unmenschlich und einfach peinlich? Sind die Kosten für das Nuklearprogramm nicht viel zu hoch, besonders angesichts mangelnder Finanzmittel für sauberes Wasser und Elektrizität?"

In der indischen Bevölkerung lösten die Explosionen in der Wüste Thar zunächst ebenfalls überwiegend begeisterten Stolz und eine neue patriotische Stimmung aus, befördert noch durch überschwengliche Zustimmungpropaganda der indischen Medien, selbst der ansonsten eher regierungskritischen Organe der indischen Presse. Die englischsprachige Tageszeitung 'The Pioneer'

konstatierte eine "Explosion des Selbstwertgefühls" der indischen Nation, 'The Hindu' titelte: "Eine Zurückweisung der atomaren Apartheid" und Raja Ramanna, der als Vater des indischen Atomtestprogramms gilt, freute sich: "Die Zeit des Herumgestoßenwerdens Indiens durch ausländische Staaten ist nun endgültig vorbei!" Doch allmählich thematisieren die vorher stramm auf Regierungslinie urteilenden indischen Zeitungen auch die Kosten der Versuche.

In der indischen Öffentlichkeit wich die anfängliche Euphorie inzwischen einer größeren Nüchternheit und zunehmenden Proteststimmen, z.B. aus akademischen und kirchlichen Kreisen. So adressierten am 19. Mai fast 100 indische Wissenschaftler - zum Teil im Ausland lebend - einen offenen Brief

an die Regierung Vajpayee und brachten deutlich ihre Ablehnung des teuren Atomprogramms zum Ausdruck: "Wir können nicht nachvollziehen, welche Art Bedrohungen es sind, die zu den fünf Nukleartests geführt haben. Die politische Führung sollte lieber mehr Finanzmittel für Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung bereitstellen, statt diese an sinnlose Waffentechnologie zu verschwenden!" Viele Forscher verwahren sich überdies gegen die Unterstellung der Regierung, daß alle Universitäten die Entwicklung von Atombomben als nationale Pflicht ansehen.

Der christlich-kirchliche Dachverband 'National Council of Churches in India' fragt die Regierung - mit unverhohlener Mißbilligung ihrer Atompolitik -, was eigentlich aus der früher vielbeschworenen Friedensdividende geworden sei, und ob die Nukleartests vor dem Hintergrund einer wachsenden Kluft zwischen arm und reich und von 320 Millionen Indern, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, überhaupt zu rechtfertigen seien.

Die indischen Bürger stöhnen derzeit unter der schlimmsten Hitzewelle seit 50 Jahren. Unter den bedrückenden klimatischen Bedingungen scheinen ihnen die Mängel in ihrer existentiellen und infrastrukturellen Grundversorgung just in besonders sensibler Weise aufzufallen; die täglichen Stromausfälle in der Hauptstadt Delhi und anderenorts bringen ihnen die Versäumnisse staatlicher Entwicklungs- und Sozialpolitik plastisch ins Bewußtsein, und sie kontra-

stieren sie bitter-ironisch mit der "Spitzenleistung" der Atomexplosion: Demonstrationen mehren sich, auf denen die Bürger "Zum Teufel mit der Bombe, wir wollen Strom!" skandieren. auf Plakaten liest man: "Kein Brot, keine Elektrizität, keine Jobs — kein Problem — Wir haben ja die Bombe". Jüngste Nachwahlen in die Regionalparlamente machten offenkundig, daß der "Atom-Bonus" der Regierungspartei BJP in der indischen Bevölkerung bereits zu erodieren beginnt.

Internationale Reaktionen

Die Reaktionen der internationalen Staatenwelt auf die Bomben von Pokhran fielen erwartungsgemäß überwiegend ablehnend aus: Hielten sich Frankreich und Rußland mit scharfen Verurteilungen zurück, setzten die USA eilig ihr durch den 'US Nuclear Proliferation Prevention Act' und dem sog. 'Glenn Amendment' aus dem Jahr 1994 festgeschriebenes wirtschaftliches Sanktionsregime in Gang: Stop der US-Wirtschafts- und Entwicklungshilfe und der Kreditvergabe von amerikanischen Banken an Indien, Ausfuhrverbot für sämtliche Waren, die potentiell eine militärtechnische Verwendung finden könnten inklusiv Computersoftware und Maschinenbauteile. US-Präsident Clinton unterschrieb während seines Deutschland-Besuchs in Berlin die Sanktionsdekrete. Darüberhinaus will Washington sich bei IWF und Weltbank für die Verhängung eines Kreditstopps gegenüber Delhi einsetzen.

Der provozierte Nachbar Pakistan kündigte schnell an "im Rahmen des souveränen Rechts auf Selbstverteidigung alle notwendigen Schritte zu ergreifen", die am 28. und 30. Mai in den Chagai-Hügeln Beluchistans dann auch spektakulär mit eigenen Atomtests realisiert wurden; man zündete sechs unterirdische Nuklearsprengsätze — keine zufällige Anzahl, denn Islamabad wollte damit die Quantität der bisherigen indischen Nukleartests (die fünf aktuellen plus dem ersten von 1974) egalisieren. Damit existiert nun in Südasiens ein auf Nuklearwaffen basierendes neues "Gleichgewicht des Schreckens".

Deutschland, in Gestalt des BMZ, sagte am 12. Mai abrupt die geplanten Regierungsgespräche mit Indien ab und fror intendierte Entwicklungshilfe in Höhe von 300 Millionen DM vorläufig ein. Die Bundesregierung bekräftigte, gegenüber Indien im Nuklearbereich und im Bereich der Tägertechnologie eine "äußerst restriktive Exportpolitik" betreiben zu wollen. Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan stelle nicht nur eine große Gefahr für Frieden und Stabilität auf dem Subkontinent dar,

sondern bedeute auch eine schwere Beeinträchtigung für die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten der Region. Die Bundesregierung empfiehlt deshalb - vor dem Hintergrund europäischer Erfahrungen - den raschen "Aufbau eines kooperativen Sicherheitssystems". Der Deutsche Bundestag bezeichnete am 28. Mai die indischen Atomtests als eine "schwere Erschütterung für das internationale Regime zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen".

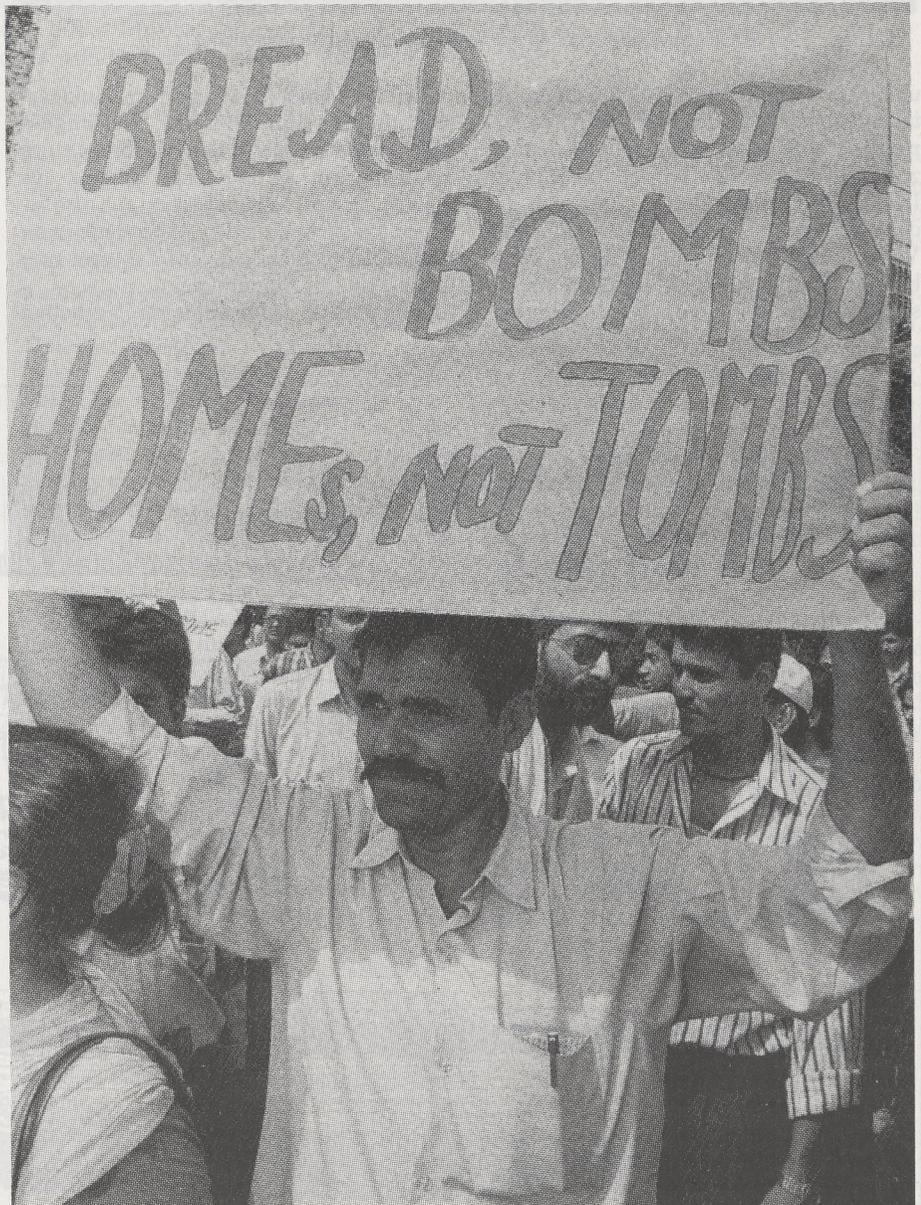
Japan droht mit Sanktionsmaßnahmen und dem Zurückhalten von Krediten und Hilfgeldern. Peking ließ verlauten, die Nukleartests schwächten die Sicherheitslage in Asien.

Die Gruppe der G-8-Staaten - die sieben führenden Industrienationen und Rußland - beschlossen auf ihrem Außenministertreffen am 11. Juni, Indien (und Pakistan) vorläufig neue internatio-

nale Darlehen im nicht-humanitären Bereich zu verwehren.

Doppelmoral

Die internationalen Reaktionen entbehren mitunter nicht einer frappierenden Doppelmoral. Die USA sind der Welt größter Waffenforscher, -produzent und -exporteur; die verheerenden Atombomben von Hiroshima und Nagasaki - die bislang einzig zum kriegerischen Einsatz gekommenen - wurden von US-amerikanischen Piloten abgeworfen. Vor diesem Hintergrund mutet die Kritik Washingtons an den indischen Atomversuchen und das Wirtschaftssanktions-Gesetz durchaus ungläubig an und erhärtet den Verdacht, daß Amerika die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen weiterhin oligopolisiert und den UN-Sicherheitsrat in der seit Jahrzehnten bestehenden Konstellation bewahrt wissen will,



Proteste gegen die indischen Atomversuche in Delhi (Foto: Kamal Kishore)



"Richtet euch gegen die Bombe" - Protest in Delhi (Foto: 'Outlook')

um seine dominierende Machtposition in der internationalen Politik auf ewig zu zementieren. Ein pikanter Umstand stellt zudem die Tatsache dar, daß die USA an Indien Berillium geliefert hat, daß bei der Produktion von Satellitentechnik Verwendung finden sollte. Doch Delhi brachte große Mengen des amerikanischen Berilliums bei der Weiterent-

wicklung seiner militärischen Nukleartechnologie zum Einsatz. Washington hätte möglicherweise den Mißbrauch des Elements im militärischen Sektor ins Kalkül ziehen müssen; aber aus profitökonomischen Gründen exportierte man den Stoff nach Indien, auf das man nun anklagend mit Fingern zeigt.

Ein ähnlich ambivalentes Verhalten

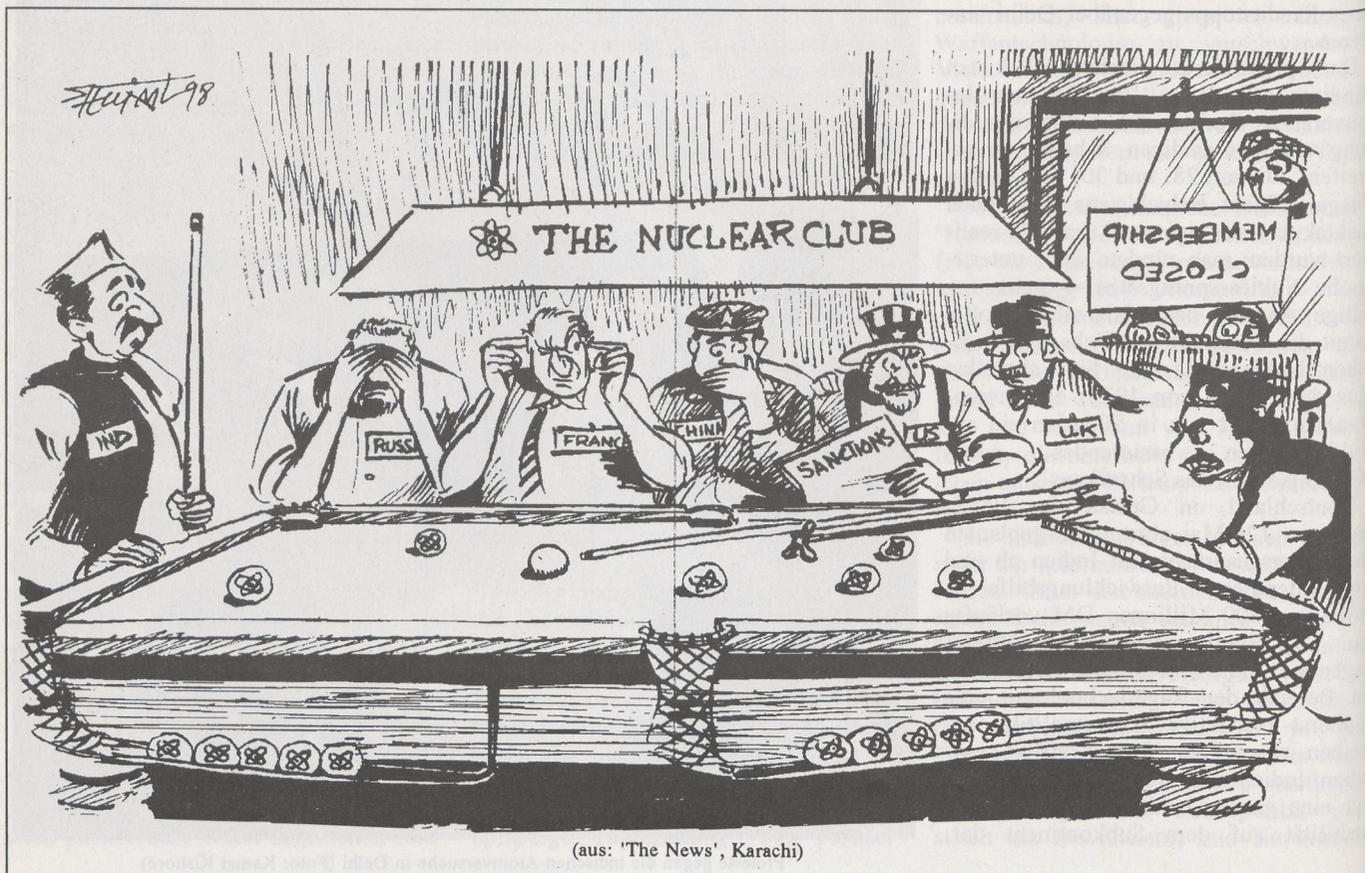
legt die VR China an den Tag: Wurde Indien von Peking noch abgemahnt, beurteilt man Pakistans Ankündigung eigener Atomtests dagegen eher wohlwollend, was kein Wunder ist, denn Peking rüstete die pakistanische Armee in den letzten Jahren sowohl mit konventioneller wie auch mutmaßlich nuklearer Waffentechnologie üppig auf. Das trifft im übrigen — es sei wiederholt — auch auf die Ausstattung der eigenen Streitkräfte zu, insbesondere der maritimen.

Vergegenwärtigt man sich schließlich die nuklearen Muskelspiele, die Pakistan mit seiner Ghauri-Mittelstreckenrakete im April gegenüber Indien und vor allem just mit der Durchführung eigener Nuklearversuche Ende Mai demonstriert hat, erscheinen auch die Verurteilungen Islamabad gegenüber Delhi fragwürdig und für die angeschlagene Regierung Nawaz Sharif als ein ideales Instrument, um von innenpolitischen Schwierigkeiten und Versäumnissen abzulenken.

Statt die Existenz von Atomwaffen grundsätzlich abzulehnen — was das einzig vernünftige wäre —, machen gerade die atomwaffenbesitzenden Länder Indien nun als Paria der internationalen Staatenwelt aus, ohne vor ihrer eigenen Tür zu kehren.

Folgen der Tests

Welche Folgen werden Indien nun erwachsen? Die Sicherheitslage in der Re-



(aus: 'The News', Karachi)

Anleitung zum Bau einer Atombombe - Modell Indien

Zum Bau von Atomwaffen benötigt man waffenfähiges Plutonium oder angereichertes Uran. Indien ist schon seit langem in der Lage, waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Kanada hatte bereits Ende der fünfziger Jahre im Rahmen seiner Entwicklungshilfe Delhi einen Atommeiler geliefert, der indischen Wissenschaftlern einen ersten Kontakt mit dem Element ermöglichte. Es handelte sich um einen Schwerwasserreaktor vom Typ "Candu", in dem Natururan als Brennstoff eingesetzt wird. In Schwerwasserreaktoren entsteht ungleich mehr Plutonium als in Leichtwasserreaktoren, die vorzugsweise in Deutschland verwendet werden. Zur Herstellung von Atomwaffen muß das Plutonium aber aus den Brennstäben entfernt und von den darin enthaltenen Stoffen separiert werden. Das indische Kernforschungszentrum Bhabha in der Nähe von Bombay ist mit seinen Anlagen befähigt, Plutonium in einem chemischen Prozeß aus den Brennstäben von Schwerwasserreaktoren zu extrahieren. Die abgebrannten Brennstäbe werden zerkleinert und in einem heißen Salpetersäure-Bad aufgelöst. Der entstandenen Lösung gibt man anschließend ein Amalgam aus Tributyl-Phosphat und Kerosin hinzu, was eine chemische Trennung von Uran und Plutonium generiert. Diese Methode nennt man "Purex-Verfahren". Neben Frankreich, Großbritannien, Rußland, und Japan ist Indien einer der fünf Staaten, die über eine Wiederaufbereitungs- und Separationsanlage für abgebrannte Brennstoffe aus zivilen Kernreaktoren verfügen. Das 'Reaktor-Plutonium' ließe sich theoretisch zum Bau einer Kernwaffe heranziehen, da es chemisch nahezu identisch ist mit "waffenfähigem" Plutonium. Aber es differiert das Verhältnis der in ihnen vorhandenen Isotopen. Waffenfähiges Plutonium konstituiert sich zu 93 Prozent aus dem Isotop 'Plutonium-239', der Anteil des Elementes 'Americium-241' ist niedrig. Nach Schätzungen internationaler Strategischer Institute verfügt Indien derzeit über waffenfähiges Plutonium von 450 bis 500 Kilo. (Zum Vergleich: Die Bombe von Nagasaki wurde mit weniger als zehn Kilo hergestellt).

Nuklearforschung wie Atomtestimplementierung liegen in Indien in Händen zweier staatlicher Institutionen: Der zivilen Atomenergiekommission, unter Leitung von Dr. R. Chidambaram, und der Verteidigungsforschungs und -entwicklungskommission 'Defence Research and Development Organisation' (DRDO), als dessen Direktor Dr. Abdul Kalam fungiert. Das Zentrum der Atomforschung bildet Bhabha, Subzentren sind Trombay (Schwesterstadt Bombays), Bangalore und Delhi; Testgebiet ist Pokhran, im nordwestindischen Bundesstaat Rajasthan.

Bernd Basting

gion Südasiens hat sich mit Zündung der indischen und pakistanischen Sprengsätze qualitativ einschneidend verändert. Nun existiert hier ein auf Nuklearwaffen basierendes "Gleichgewicht des Schreckens", daß, ähnlich wie im Ost-West-Konflikt zu Zeiten des Kalten Krieges, die sicherheitspolitische Stabilität potentiell erhöhen kann, da ein atomarer Erstschlag des einen Staates durch die nukleare Reaktion des anderen schnell zu einem Pyrrhussieg geraten würde. Der Test und die geplante Weiterentwicklung von Atomwaffen im sogenannten "subkritischen Bereich", die es ermöglichen, dem Gegner punktuelle atomare Schläge ohne "Massenvernichtungsdimensionen" zu versetzen, könnten andererseits jedoch die mentale Hemmschwelle für den Einsatz von Atomwaffen senken und aus einer militärischen Auseinandersetzung auf relativ niedrigem nuklearen Niveau einen großen Atomkrieg in der Region entstehen lassen.

Was die vorläufige Sperrung von Entwicklungshilfe angeht, so wird das keine gravierenden Effekte für das Land zeitigen. Denn Indien ist in so geringem Maße von ihr abhängig, daß man ihr Ausbleiben verschmerzen kann. Anders sieht es — zumindest auf den ersten Blick — mit den angekündigten Kreditstopps aus: Sie könnten ein allgemeines nationalistisches Bewußtsein in der indischen Bevölkerung, eine "Wagenburg-Mentalität" im Sinne von "Wir Inder gegen den Rest der Welt" stimulieren und damit den radikal hindu-chauvinistischen Kräften der 'Sangh Parivar' in die Hände

spielen. Kurz- bis mittelfristig wird ein Ausbleiben der Kreditzahlungen, insbesondere von IWF und Weltbank, den Wirtschaftsreform-, Modernisierungs und Entwicklungsprozeß des Landes aufhalten bzw. verlangsamen. Längerfristig betrachtet scheint ein erzwungener Darlehens-Verzicht, ungeachtet seiner sicher gravierenden Ad-hoc-Effekte, aber eher positive Wirkungen hervorbringen. Wirtschaftsfachleute haben ausgerechnet, daß jeder Dollar an Krediten ein Entwicklungsland bis zur endgültigen Rückzahlung im Durchschnitt elf Dollar kostet. Vor dem Hintergrund einer schon bestehenden aktuellen Auslandsverschuldung Indiens von 3,4 Mrd. Rupien, scheint das Land wohl ohnehin besser daran zu tun, in Zukunft auf ausländische kreditäre Finanzhilfe zu verzichten; wobei die Frage bleibt, ob es ihm ohne diese gelingen kann, seine Wirtschaftsstrukturen moderner und effizienter zu gestalten, die allgemeine Wohlfahrt zu erhöhen, die noch immer völlig unzureichende Infrastruktur zu verbessern, den Hochtechnologiebereich auszubauen und die seit 1991 begonnene Integration in die Weltwirtschaft fortzuführen.

Das Interesse der internationalen Wirtschaftsakteure wie auch das der internationalen Staatenwelt an dem bevölkerungsreichen großen Zukunftsmarkt wie an der wichtigen asiatischen Regionalmacht Indien wird aber fortbestehen. Das demokratische System, die Rechtsstaatlichkeit, der relativ große und gebildete Mittelstand, die inzwischen festverankerte Marktwirtschaft und seine —

durch die Atomtests noch gewachsene — regionalpolitische Machtrolle machen Indien weiterhin als ökonomischen und politischen Kooperationspartner für das Ausland attraktiv.

Die Chancen Delhis, in den UN-Sicherheitsrat aufgenommen zu werden, scheinen vorerst gesunken zu sein, da die dort mit Sitz und Stimme ausgestatteten Großmächte in dieser Hinsicht Indien zunächst die kalte Schulter zeigen müssen. Das Faktum, daß im Sicherheitsrat nur Atomstaaten zu finden sind, deutet jedoch darauf hin, daß mittel- bis langfristig wohl dem indischen Begehren stattgegeben werden wird.

Es bleibt abzuwarten, wie Indien den Balanceakt zwischen kurzfristiger Stabilisierung der innenpolitischen Situation bzw. potentiell gewachsener Integration seiner Hindu-Mehrheitsbevölkerung und momentaner außenpolitischer Ächtung aushalten wird.

Die Weltregion Südasiens, die sich kürzlich noch einer spannungsmildernenden indischen "Politik der guten Nachbarschaft" erfreuen konnte, gleicht jedenfalls nach den Bombentests von Pokhran eher einem Pulverfaß, denn einer Friedenszone.